

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gionalen Sonderheiten Pflicht künftigen menschlichen Wirkens werden muß. Haushofer hatte geglaubt, die Durchführung dieser Aufgaben auf Macht begründen zu sollen, wobei er sich klar darüber war, daß «Macht über Erde ... auf Kampf steht». Zu welch infernalischen Exzessen solcher Kampf führen kann, hat er aber wohl kaum geahnt. Umso mehr ist es an uns Nachlebenden, dafür einzustehen, daß sein Irren wie sein gutes Wollen sich zum Segen menschlichen Fortbestandes wende.

Skizzenblatt

Von Hermann Hesse

Kalt knistert Herbstwind im dürrn Rohr;
Das im Abend ergraut ist,
Krähen flattern vom Weidenbaume landeinwärts.

Einsam steht und rastet am Strande ein alter Mann,
Spürt den Wind im Haar, die Nacht und nahenden Schnee,
Blickt vom Schattenufer ins Lichte hinüber,
Wo zwischen Wolke und See ein Streifen
Fernsten Strandes noch warm im Lichte leuchtet:
Goldenes Jenseits, selig wie Traum und Dichtung.

Fest im Auge hält er das leuchtende Bild,
Denkt der Heimat, denkt seiner guten Jahre,
Sieht das Gold erbleichen, sieht es erlöschen,
Wendet sich ab und wandert
Langsam vom Weidenbaume landeinwärts.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Das Ergebnis des großen republikanischen Erfolges bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten vom letzten Herbst beginnt sich abzuzeichnen. Und es ist wahrscheinlich zu einem großen Teile unter diesem Eindruck, daß sich die Persönlichkeit des Präsidenten Truman gewandelt hat — eine Wandlung, die man dem Präsidenten auch äußerlich ansehe, wie kürzlich ein flinker Beobachter behauptete. Schließlich ist Truman von Hause aus doch Demokrat, und er hat als solcher bei der Amtsübernahme ein Bekenntnis zu Roosevelt und seinen politischen Grundsätzen abgelegt, wie man es sich vorbehaltloser kaum vorstellen konnte. Davon ist nun eben nicht mehr viel zu spüren. Es war schon sehr bemerkenswert, wie der Präsident

am 6. März dieses Jahres in einer programmatischen Rede das Thema «Freiheit und Privatinitiative» behandelte, wo er sich durchaus von allem loszusagen schien, was den starken Ansätzen des Präsidenten Roosevelt zum Wohlfahrtsstaat etwa noch entsprechen konnte. Inzwischen ist er ja auch im Wege bemerkenswerter Taten bestrebt, solche Ansätze raschestens abzubauen, um so zu den liberalen Grundsätzen der Wirtschaft zurückzukehren, — freilich nicht zu den liberalen Grundsätzen des Handels, soweit die Beziehungen zum Ausland in Frage stehen. Und eben diese beiden Komponenten sind eindeutig; man könnte beinahe sagen, aus Truman sei bereits ein Republikaner geworden; zum mindesten aber hat ihn die neue Kongressmehrheit zu der praktischen Durchführung der republikanischen Grundsätze veranlaßt.

Zu diesen Grundsätzen gehört es nun auch, daß gegenüber Rußland und dem Kommunismus mit möglichster Schärfe aufgetreten wird. Die Politik der «Zähigkeit», wie sie von Byrnes nicht ohne Erfolg geübt wurde, soll nach republikanischen Gesichtspunkten durch eine ausgesprochen starke Politik weit übertroffen werden. Außerdem steht in dieser Zeit gerade auch das Budget zur Debatte, in welchem nach dem Willen des Präsidenten nicht nur sehr namhafte Posten für die eigene Rüstung, sondern ebenfalls sehr beträchtliche Beträge für Hilfs- und Unterstützungsaktionen im Ausland eingesetzt sind. Man weiß nun, daß diese letztern bei der republikanischen Mehrheit des Kongresses stark umstritten waren, während anderseits auch die Summen des Rüstungsbudgets deswegen nicht von aller Anfechtung bewahrt scheinen, weil die Republikaner der Wählerschaft einen massiven Steuerabbau versprochen haben, der, in die Tat umgesetzt, natürlicherweise zu einer nicht unwesentlichen allgemeinen Einschränkung der Ausgaben führen müßte. Das war ungefähr die innenpolitische Situation der Vereinigten Staaten, als die britischen Hilfsgesuche für Griechenland in Washington eintrafen. Indem man den Republikanern Machtpolitik bot, wurde man antikommunistisch-populär und begründete zugleich die Notwendigkeit der Rüstung und der Hilfs- und Unterstützungsaktionen im Ausland. — Zwei Fliegen auf einen Schlag.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese britische Initiative vor ihrem öffentlichen Start zwischen den beiden Regierungen sorgfältig besprochen worden ist, denn man mußte sich wohl über die sensationelle Wirkung dieses Schrittes, wie auch über die allgemeinen Reaktionen einigermaßen klar sein. Dagegen ist es nicht wahrscheinlich, daß die machtpolitische Formulierung und die propagandistische Untermauerung der nun in Gang gekommenen amerikanischen Aktion mit den Engländern vereinbart worden ist. Und was nun den britischen Schritt als solchen betrifft, so dürfte auch dieser in nicht unbeträchtlichem Maße innenpolitisch bedingt sein. Die Stellung der Labourregierung ist nicht nur wegen der Winterkrise schwierig geworden, sondern viel mehr infolge des immer massiver und gefährlicher werdenden Einsatzes der sogenannten Rebellen in der eigenen Partei. Nun steht, wie man weiß, auch in England das Rüstungsproblem stark zur Debatte. Die linke Opposition der Regierungspartei besteht auf möglichstem Abbau der Rüstungsausgaben, und dazu verlangt sie einen Abbau der auswärtigen Engagements überhaupt, und zwar einerseits aus wirtschaftlichen Rücksichten, anderseits aus einer gewissen Befriedungstimmung gegenüber der Sowjetunion. Und weil nun dieser Druck immer stärker wird, dürfte nun der britischen Regierung eben nichts anderes übrig geblieben sein, als den Abbau der Intervention in Griechenland zu verkünden, — ein Schritt, den eine nicht Labour-gebundene britische Regierung vielleicht nicht, oder nicht in

dieser brüskten Weise unternommen hätte. Und nun zeigt sich das interessante Faktum, daß dieser seltsame Verzicht letzten Endes eine starke Verschärfung der allgemeinen Politik gegenüber Rußland herbeigeführt hat, der sich auch die britische Regierung auf die Dauer kaum wird entziehen können. Das aber ist gerade das Gegenteil dessen, was die Leute auf der Labouropposition sich wohl gedacht haben, — und der Labourregierung selbst ist es nicht eben angenehm.

Was nun die amerikanische Intervention im Südosten und im Nahen Osten als solche betrifft, tut man gut, mit dem Urteil vorläufig zurückzuhalten. Am Anfang tönte es mit bemerkenswerter Schärfe über den Ozean herüber, und die ganze Aktion erhielt von vornherein einen deutlich antikommunistischen Zug, so, wie es den Notwendigkeiten entsprach. Hier erschienen besonders gewisse Äußerungen des Unterstaatssekretärs Acheson von fast undiplomatischer Schärfe, und sie sind dann nachher auch zu einem guten Teile widerrufen worden. Zu einer weiteren Verschärfung der Lage hat aber wohl auch eine ziemlich rasche Äußerung des ehemaligen Handelsministers Henry Wallace beigetragen, der die Aktion wie folgt charakterisierte:

«Mit andern Worten bedeutet dies, daß die Vereinigten Staaten nunmehr Polizeiaufgaben an den Grenzen Rußlands übernehmen. Diese Grenzen aber liegen in krisenhaften Gebieten, und niemand kann leugnen, daß eines Tages Konflikte entstehen können, die sich zu einem neuen Weltkrieg auswachsen können».

Und leider haben auch andere Leute bereits wieder begonnen, vom Kriege zu sprechen...

Inzwischen besteht bereits der Eindruck, als sei die internationale Aufregung wieder einigermaßen im Abnehmen begriffen. Die befürchtete stimmungsmäßige Reaktion auf der Moskauer Konferenz ist vorerst ausgeblieben. Außerdem sind andere Elemente zu Tage getreten, die klärend wirken können. So überlegt man sich mancherorts, daß ein stärkeres Engagement der Vereinigten Staaten auch in den Problemen des Südostens und des Nahen Ostens im Interesse der westlich-demokratischen Front recht heilsame Wirkung ausüben könne, wenn die Intervention als solche nicht überspitzt wird und die Propagandisten nicht allzusehr über die Schnur hauen, wie es am Anfang der Unternehmung geschehen ist. Die russische Politik der Einflußzonen verträgt nämlich durchaus ein energisches machtpolitisches Auftreten der Gegenseite — und sie muß es ihrer Struktur nach auch vertragen —, und vielleicht wird dadurch die Atmosphäre, auf längere Sicht gesehen, eher verbessert als verschlechtert. Was aber nun ganz besonders die Probleme der Türkei betrifft, die bei der Unternehmung ja fast ebenso sehr im Brennpunkt steht wie Griechenland, so mußte es sicher einer Abklärung der Atmosphäre dienen, als gerade in jenen aufgeregten Tagen des britischen Hilfsgesuches eine weitere Geheimklausel des Abkommens von Potsdam veröffentlicht wurde, welche die Meerengenfrage betrifft, und die folgendermaßen lautet:

«Die drei Regierungen anerkennen, daß die Konvention von Montreux über die Meerengen den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr entspricht und revisionsbedürftig ist. Es wird vereinbart, daß als nächster Schritt in dieser Angelegenheit direkte Verhandlungen zwischen jeder der drei Regierungen und der Türkei stattfinden sollen».

Dazu mag man sich nun erinnern, wie die Sowjetunion vor einiger Zeit solche direkte Verhandlungen tatsächlich eingeleitet hatte, und wie diese in der internationalen Presse von vornherein auf das schärfste diskreditiert wurden, — und man wird

sich weiter erinnern, daß die britische Regierung die Türkei zu solchen Verhandlungen direkt ermuntert hatte, daß aber auch dies nur unter dem allgemeinen Protest der internationalen Presse geschehen konnte... Das gibt doch in mancher Richtung zu denken.

Sofern nun überhaupt eine erkennbare Konsequenz der amerikanischen Unternehmung auf dem internationalen Felde bereits festzustellen ist, so wäre es eine gewisse, vielleicht fast unwillkürliche Zurücksetzung der UNO, welche unter Umständen nachhaltige und nicht ungefährliche Folgen haben könnte. Jedenfalls haben wir Schweizer mehr denn je Anlaß, uns in dieser Angelegenheit recht zurückzuhalten, und der Neutralität den ihr zukommenden Platz nach wie vor und unbedenklich zuzuweisen, wie dies Bundesrat Petitpierre in seinen Erklärungen vor dem Nationalrat getan hat.

Zürich, Ende März.

Jann v. Sprecher.

Brief aus England

Die Moskauer Konferenz in englischer Beleuchtung

Die weltbewegenden Ereignisse dieser Wochen haben die Aufmerksamkeit wohl jedes denkenden Menschen auf die Frage gerichtet, wie und wann denn nun endlich ein erträglicher Friede einkehren könnte. Ein starkes amerikanisches Geschwader besucht griechische und türkische Häfen; die amerikanischen Volksvertreter sind dabei, ihrem Präsidenten Vollmacht zu erteilen, vierhundert Millionen Dollar der griechischen und der türkischen Regierung zur Verfügung zu stellen und ihnen eine rückzahlbare Anleihe von weiteren einhundert Millionen einzuräumen; Wirtschafts-, Finanz- und Heeressachverständige der Vereinigten Staaten sollen beiden Ländern gleichfalls zur Verfügung stehen. Damit wird förmlich bestätigt und mit amerikanischen Reklamemethoden lautestens unterstrichen, daß *Amerikas Grenze im Südosten Europas liegt, falls Rußland auf einer Aufteilung der Welt in ausschließliche Einflußgebiete besteht*. Da überdies Amerika im Fernen Osten ähnliche Posten bezogen hat, sieht sich die von Molotow verfolgte Außenpolitik nicht mehr wie bisher im Osten wie im Westen je einer vernichteten Macht — Deutschland und Japan — gegenüber. Nicht mehr kann er sich damit beschäftigen, seinen Einfluß in diesen «herrenlos» gewordenen Gebieten auszuweiten und fest zu verankern. Vielmehr hat er durch seine Ausdehnungspolitik die Amerikaner in eben diese Zonen gezogen und sich zum unmittelbaren Nachbarn gemacht. So wie Hitler immer weiter auf der Flucht zurückging, bis im Jahre 1945 auch der letzte Quadratcentimeter deutschen Bodens besetzt war, so hat Molotow, der in den gleichen Größen sogenannter «realistischer» Machtpolitik rechnet, durch dauerndes Pochen auf ausschließliche Rechte, durch stete Herausforderung seiner Bundesgenossen aus dem Hitlerkriege, durch unentwegtes Ausweiten seiner Machtgebiete die einzig mögliche Antwort auf sich gezogen. Hart im Raume stoßen sich die Sachen. Die Mächte kennen kein Niemandsland, sondern nur noch unmittelbare Grenzen.

Dies ist eben die Folge jener Politik der selbsternannten «Realisten», die nur in Quadratmeilen, Truppenstärken und Bewaffnungswerken rechnet. Molotow hat sein Land nicht nur um den angesammelten guten Willen gebracht, den das so unsagbar schwergeprüfte russische Volk in der freien Welt gewonnen hatte; er hat zugleich die Grundlage der *Vereinten Nationen* als schwächlich aufgezeigt und die Menschen, die eine echte internationale Ordnung auf Grund gleichen Rechtes für alle erstreben, in eine Abwehrstellung getrieben. All dies bedeutet natürlich keineswegs, daß die Welt in einen neuen Krieg treibe — durchaus nicht. Es bedeutet nur, daß sich niemand mehr irgendwelchen Tagesträumereien hingeben kann. *Der neue amerikanische Außenminister* hat den Stier bei den Hörnern gepackt, hat Molotow mit jener gleichen

Münze wenigstens an zwei Stellen gezahlt, mit der Amerika und Großbritannien an einem guten Dutzend Stellen bisher bedacht worden waren. Während auf der letzten Moskauer Konferenz vom Dezember 1945 Byrnes, der damalige amerikanische Außenminister, den Weg der Befriedung — des «appeasement» — versuchte (er schrieb ganz Osteuropa und den halben Fernen Osten einfach ab), hat sich der Soldat Marshall, der jetzige Leiter der amerikanischen Außenpolitik, entschlossen, im genauen Einklang mit den bestehenden Kräfteverhältnissen, Molotow zu zeigen, wo die Grenzen gezogen sind, wenn es wirklich an das Aufteilen der Welt käme.

«... und Großbritannien?» Amerika und Großbritannien erlebten eine Reihe von Demütigungen durch die Russen. Ist dies alles, was sich von Großbritannien in diesem Zusammenhang sagen läßt? Hat nicht England bis heute Truppen in Griechenland gehalten und die Türken, so gut es ging, gestützt? Gewiß tat es dies. Ist denn also der Übergang von englischem auf amerikanischen Einfluß ganz eigentlich Londons Einfall? Viele Beobachter auf dem Festland, die nun einmal im Engländer einen auf lange Sicht rechnenden, gar gerissenen Politiker sehen (wofür — in Wirklichkeit — wenig Grund vorhanden ist), werden dies glauben. Bestimmt werden viele Russen dies glauben; und dieser Glaube muß deshalb als politische Tatsache berücksichtigt werden. *Tatsächlich ist diese Entwicklung langsam vor sich gegangen.* Der Rückzug englischer Truppen aus Griechenland sollte unmittelbar nach den international überwachten Wahlen letztes Jahr erfolgen, ist dann immer wieder hinausgeschoben worden, zumal als die Jugoslawen, Albaner und Bulgaren den kommunistischen Grenzbanden halfen (wie dies von dem Untersuchungsausschuß der Vereinten Nationen an Ort und Stelle festgestellt worden ist). Die Notwendigkeit, das noch immer weit über eine Million Mann starke britische Heer zu verkleinern und alle Unkosten auf ein Mindestmaß zurückzuschrauben, hat London veranlaßt, den Rückzug aus Griechenland und der Türkei anzutreten. Amerika ist — nolens, volens — in seine Fußtapfen getreten. Ein Blick auf die ruhige Übersicht über die Außenpolitik, die Ernest Bevin am 27. Februar dieses Jahres im Unterhaus gab, zeigt, daß es sich gar nicht um eine «Londoner Sensation», und noch viel weniger um einen teuflischen Plan kapitalistischer Ränkeschmiede handelt; — daß all dies vielmehr das naturgewachsene Ergebnis der Molotowschen Politik einerseits und britischer und amerikanischer Notwendigkeit andererseits ist.

Wahrlich, jedermann weiß nunmehr, wo der andere steht: die Vernichtung der demokratisch gewählten Mehrheitspartei in *Ungarn*, die gefälschten Wahlen in *Polen*, die Herausforderungen *Jugoslawiens* und *Albaniens*, die Annexion *Estlands*, *Lettlands* und *Litauens* (ausgerechnet ein Lette, Latsis, wurde als Mitglied der russischen «Parlaments»-Vertretung als Gast nach London geschickt), die Verjagung der Deutschen aus dem an Polen abgetretenen Gebiet, die Ausfuhr allen Überschusses aus der russischen Zone Deutschlands nach Rußland, das *Veto*, die Verhinderung einer Einigung über die internationale Überwachung der Atombombe — all dies, und viel, viel mehr haben die Westmächte hinnehmen müssen, hat Molotow als Siege gefeiert. Wahrlich, jedermann weiß nunmehr, wo der andere steht.

Auf der Reise nach Moskau unterschrieben Bevin und Bidault den *englisch-französischen Vertrag*. Zwei Tage darauf unterschrieben Molotow und Cyrankiewicz einen neuen *russisch-polnischen Vertrag*, durch den Polen 27 875 000 Dollar in Gold zur Verfügung gestellt erhält, durch den Wirtschafts- und Heeressachverständige (einschließlich General Berling, der die kommunistische Polenarmee 1944 führte) nach Polen geschickt werden, und durch den verschleppte Polen in die Heimat entlassen werden sollen. Auch ein *polnisch-tschechischer Vertrag* wurde eilig unterschrieben, in dem sich beide Parteien — zum wievielten Male? — versprochen, alle Grenzfragen innerhalb der nächsten Zeit zu lösen.

Sind die Posten auf diese Weise bezogen, worum geht es nun in Moskau? *Um Deutschland, den Frieden für Europa und einen erneuten Versuch, auf die Abklärung der Fronten einen Ausgleich folgen zu lassen.* Es ist zu früh, sich über den

Ausgang Gedanken zu machen. Genau wie in den unlösbar scheinenden Fragen wegen des finnischen, italienischen, rumänischen, bulgarischen und ungarischen Friedens — und alle fünf Verträge wurden im Februar dieses Jahres unterzeichnet —, wird auch in der deutschen Frage eine Lösung erreicht werden. Einzelfragen lösen sich wie von selbst heraus und werden langsam auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. Daß dieser Nenner fast nie den Hoffnungen entspricht, die von der Atlantik-Charta ausstrahlen, ist unleugbar. Die Kriegsbeschlüsse der Krimkonferenz in Jalta und der anderen Abmachungen jener Jahre werfen einen tiefen Schatten auf die Welt. *Mehr als Notlösungen stehen also nicht zu erwarten.* Und wenn Moskau statt vorübergehenden Abbruch des Verhandelns wenigstens ein paar Teilbeschlüsse bringt, wird man zufrieden sein müssen. Mehr hat Bevin der englischen Öffentlichkeit auch nicht in Aussicht gestellt. In diesem Sinn kann man also, trotz allem, sagen, daß *Moskau eine Friedenskonferenz ist.*

Die amerikanische Anerkennung aber, daß Amerikas Größe auch Amerikas Pflichten gegenüber Europa bedingt, sollte uns ein neues Gefühl der Sicherheit geben. In allem tiefen Ernst sollen die Ereignisse auf internationalem Gebiet doch als Geburtszeichen eines neuen Friedens gedeutet werden.

Stanford Hall, Loughborough, England, Ende März.

F. W. Pick.

Militärische Umschau

Die militärische Arbeit im Jahre 1947

Die große *Verspätung* in der Bekanntgabe des *Schultableaus* war nicht nur für die Militärbehörden und Truppenkommandanten sehr unangenehm, sondern auch für die Wehrmänner, die auf eine frühzeitige Orientierung angewiesen sind, desgleichen für die Kreise der Wirtschaft, die in Zeiten der Hochkonjunktur erst recht ihre Anordnungen in personeller Hinsicht auf weite Sicht treffen müssen. Infolge der *gesetzwidrigen Verkürzung der W.K.* waren die umfangreichen Vorarbeiten des letzten Jahres zum größten Teil wertlos. Die Verantwortung trägt die Bundesversammlung, die die Auswirkung ihres Beschlusses im Augenblick kaum ganz übersehen hat.

Die mit der Ausarbeitung des *Schultableaus* beauftragten Amtsstellen verdienen große Anerkennung, in kurzer Zeit ein erstaunlich ausgeklügeltes Werk zustande gebracht zu haben. So wird z. B. der W.K. der Übermittlungstruppen in den einzelnen Armeekorps ganz verschieden organisiert, um auf breitester Grundlage Erfahrungen sammeln zu können. — In der Zusammensetzung der *W.K.-Gruppen* erkennt man den modernen Gedanken der *kombinierten Kampfgruppe in Regimentsstärke* (vergl. Bericht des Bundesrates zum Bericht des Generals S. 89). — Die vom E.M.D. erlassenen *Weisungen* stellen eine methodische Organisation der Ausbildung und eine zweckmäßige Ausnützung der knappen Zeit sicher. — Bei der *Schießausbildung* wird der Wert des sicheren Treffens mit jedem einzelnen Schuß betont. Bei der *Gefechtsausbildung* werden eigene Denkarbeit, anschauliche Feinddarstellung und wirklichkeitsnahe Gestaltung der Ausbildung verlangt. — Da die Dragonerschwadronen 30—50 Unberittene aufweisen, stößt die Reitausbildung bei den leichten Truppen auf Schwierigkeiten. — Das Hauptziel der Ausbildung der *Artillerie* ist die Schulung der *Abteilung als Feuereinheit*, nach den Regeln des *neuen* Schießverfahrens.

In das sorgfältig zusammengesetzte Mosaik der Schulen und Kurse hat die in der letzten Session eingebrachte Interpellation *Leupin* und Mitunterzeichner eine Bresche geschlagen. Der Vorfall ist um so befremdlicher, als die Parlamentarier ja bei der Beratung des Militärbudgets mitgewirkt haben. Die angefochtenen Kurse sind in der Begründung des Voranschlages des E.M.D. ausführlich erwähnt und in den Abschnitten I und II aufgeführt. Wirft der Wahlherbst auch in militaria seine

Schatten voraus? Nachdem die notwendigen Kredite vom Parlament bewilligt waren, ist dieses gebunden, und der Bundesrat sollte die Bundesversammlung, im Interesse der militärischen Ordnung und der drohenden Konsequenzen wegen, bei ihren Beschlüssen behaften. Die Zerstörungstruppen zerfallen in ehemalige Geniebautruppen, vom Landsturmalter an und ehemalige Infanteristen, vom 49. Altersjahre an. Diese stellen das größere Kontingent und kennen ihren neuen Dienst noch nicht. Infolge der Konzession des E.M.D. vom 26. März werden sie nun trotzdem nicht einrücken. Zu diesem militärischen Nachteil tritt die Gefahr, daß gewisse Kreise sehr schnell behaupten werden, das Budget sei nicht mit der notwendigen Sorgfalt aufgestellt worden, ansonst dieser Abstrich nicht so leicht erfolgt wäre.

Geschäftsbericht des E.M.D.

In dem am 21. März vom Bundesrat genehmigten Geschäftsbericht des E.M.D. muß die Feststellung besonders erwähnt werden, daß das *Instruktionskorps* zahlenmäßig den Bedürfnissen noch immer bei weitem nicht genüge. Das Departement spricht geradezu von einem Mißstand. Die Tatsache rächt sich jetzt bitter, daß, im Gegensatz zu den Grundsätzen jedes größeren Geschäftsbetriebes, eine *planmäßige* Rekrutierung des Instruktionskorps überhaupt noch gar nie an die Hand genommen worden ist, selbst nicht in Zeiten des Aktivdienstes, den Perioden der militärischen Hochkonjunktur.

Um das Dienstreglement

Gewisse Kritiker sind immer wieder gern bereit, dem E.M.D. Rückständigkeit und Geheimniskrämerei vorzuwerfen. Da ist die Tatsache beachtenswert, daß die Presse über die Vorschläge der Expertenkommission für das Dienstreglement in einem Zeitpunkt eingehend orientiert wurde, als selbst der Chef des E.M.D., von der Landesverteidigungskommission ganz zu schweigen, noch nicht in der Lage war, «seine Ansicht über einzelne Vorschläge zu äußern, da er nun auch seinerseits diese zunächst gründlich studieren müsse» (N.Z.Z. No. 193). Steht diese sehr weitgehende Publikation nicht in auffallendem Gegensatz zu dem ängstlich gehüteten Geheimnis der Expertenkommission für die Bundesfinanzreform im sozialdemokratischen Finanzdepartement? Sagte nicht dessen amtliches Communiqué vom 7. März: «Solange noch keine endgültigen Beschlüsse der zuständigen Behörden vorliegen, ... muß das Verlangen nach *öffentlicher Information* als *verfrüht* bezeichnet werden. Ein anderes Vorgehen ist aus guten Gründen nicht üblich» (N.Z.Z. No. 448). Auch hier wirft der Wahlherbst offenbar seine Schatten voraus.

Die Vorkämpfer eines neuen Dienstreglements verlegen jetzt ihre Hauptangriffe gegen das *Soldatische*, die Zeitung «Armee und Volk» veröffentlichte in ihrer Januarnummer einen Artikel «Absage an das Soldatische», wobei soldatisch und preußisch weitgehend identifiziert werden, und der in den gleichen Gedankengängen befangene Chefredaktor der Zeitung forderte am Kongreß der Jungliberalen Bewegung der Schweiz in Lausanne, Anfang März dieses Jahres, die Abschaffung des «Preußentums» in der Armee (N.Z.Z. No. 412). Es kann doch niemals die Absicht dieser Kreise sein, sich mit dem «Vorwärts» zu solidarisieren, der in seiner Nummer vom 18. März schreibt, «diesen preußischen Geist aus unserer Armee zu verbannen, ist die wichtigste Aufgabe der Armee reform». — Die siegreichen Armeen des Weltkrieges bedanken sich für eine Gleichschaltung der Begriffe «soldatisch» und «preußisch». Sind überall sonst die Wehrmänner etwa nur Krieger und keine Soldaten? Darüber wird noch ausführlicher zu reden sein.

Partisanenarmee

Zu den Postulaten einzelner Armee reformer gehört auch die Forderung einer *Partisanenarmee*. In einem ausgezeichneten Aufsatz des kürzlich ernannten Kommandanten der Zentralschulen, *Oberstleutnant i. Gst. G. Züblin*, in der Februar-

Nummer der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung» erfahren die nebelhaften Vorstellungen eine gründliche Klärung. Züblin stellt fest, daß keiner der Sieger irgendwie daran denkt, «sein Heer in eine Partisanenarmee umzuwandeln». . . «Vielmehr folgen sie in allen ihren Reorganisationsplänen dem klaren Grundsatz der bestmöglichen Bereitstellung ihrer Streitkräfte für eine entscheidende Feldschlacht». Ein Partisanenheer hat «noch nie den feindlichen Einbruch verhindert. Wer seine Streitkräfte als Partisanenheer gliedert, verzichtet somit von vornherein auf den Versuch, den Feind an der Besetzung des eigenen Staatsgebietes zu verhindern». . . «Die offene Feldschlacht . . . kann gewonnen werden. Hätten unsere Vorfahren ebenso wirklichkeitsfremd überlegt, wie unsere jetzigen Propheten, so wären die Schlachten von Morgarten und Sempach nie geschlagen worden, und wir wären wohl kaum in der Lage gewesen, die 650. Jahrfeier unserer Unabhängigkeit zu begehen». Züblin, der vor kurzem von einer mehrmonatlichen Abkommandierung nach den U.S.A. zurückgekehrt ist, betont, die Amerikaner hätten die Auffassung, «daß eine Partisanenarmee, gerade der Technisierung wegen, nur dann Erfolge erringen kann, wenn sie zunächst fortlaufend mit technischen Mitteln versehen und später durch ein organisiertes Heer unterstützt wird. Die Partisanen allein hätten weder Rußland noch Frankreich, Holland, Norwegen usw. befreit. Die Kriegführenden sind sich darüber einig, . . . Es ist beinahe unbegreiflich, daß wir uns heute über derart einfache Dinge streiten. So glaube ich, daß einige unter uns in der Zukunftsbetrachtung der neutralen Schweiz den Boden der Wirklichkeit verlieren».

Der *Bundesrat* hat sich in seinem Bericht an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals mit Entschiedenheit *gegen* eine Partisanenarmee ausgesprochen (vergl. S. 79 und 89), und, laut Referat von Ständerat *Locher*, lehnt auch die Kommission des Ständerates eine Aufteilung der Armee in Partisanengruppen ab (N.Z.Z. No. 472). Damit dürften die Chancen der Anhänger dieses Postulates sehr gering geworden sein.

Antimilitaristische Regungen

In Versammlungen und Zeitungen ist bis jetzt immer wieder betont worden, keiner gegen die Armee vorgebrachten Kritik liege eine antimilitaristische Tendenz zu Grunde. Vorkommnisse der jüngsten Zeit beweisen das Gegenteil. Die von Nationalrat *Miville* in seiner Motion geforderte Herabsetzung der Wehrpflichtdauer hatte eine fühlbare Schwächung der Armee im Auge. Dabei verwechselte der Motionär Wehrpflicht und Dienstpflicht. Bezeichnend ist die Tatsache, daß der «Vorwärts» vom 14. März diese Motion unter dem Titel «Militärdienst bis ins Greisenalter» publizierte, wogegen er am 10. März die *Verordnung* über die *Förderung* von *Turnen* und *Sport* unter der falschen Fragestellung «Militarisierung der Schweizer Jugend?» besprach. Auch die Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit und verschiedene linksstehende Organisationen wie die «Freie Jugend» liefen Sturm gegen die neue Verordnung. Dabei spielen sich ausgerechnet sozialdemokratische Blätter auch als Schildknappen des «gefährdeten» Föderalismus auf (vergl. «Volksstimme» 21. Januar 1947). In der Sitzung des Zürcher Kantonsrates vom 3. Februar sprach der Sozialdemokrat Vollenweider in seiner, dieser Verordnung wegen, erfolgten Interpellation von einem Eingriff in die Souveränitätsrechte der Kantone und argwöhnte «eine getarnte Militarisierung der Jugend» (N.Z.Z. No. 218).— Auch die Kadetten müssen herhalten, so beschloß der aargauische sozialdemokratische Parteitag vom 2. Februar, es seien Schritte für die Abschaffung des obligatorischen Kadettenunterrichtes zu unternehmen.

Ausland

In *England* wird die Frage der *allgemeinen Wehrpflicht* weiterhin lebhaft besprochen. Der «*Economist*» hat kürzlich die Auffassung vertreten, das Volk werde dieser zustimmen, falls eine Notwendigkeit vorliege. Der Nachweis sei aber der

Regierung noch nicht gelungen. Auch werde die Frage studiert, ob nicht eine Reduktion der jetzigen Dienstzeit auf ein Jahr erfolgen könne. Überraschend ist die Feststellung, daß sich die breiten Massen des Volkes für das Problem Militärdienst mehr interessieren sollen, als für die Außenpolitik. Nach den neuesten Berichten wird ein auf *Abschaffung* der Wehrpflicht gerichteter Antrag scheitern, wogegen Verteidigungsminister *Alexander* in der Debatte vom 20. März eine gründliche Überprüfung der gegenwärtigen Bestände ankündigte.

Nationalrat *Dellberg* hat in der Sitzung der Bundesversammlung vom 25. März das in Auftrag gegebene Rüstungsprogramm des Bundesrates kritisiert, «während Rußland und Amerika bereits mit der Abrüstung begonnen haben». Den Beweis ist er allerdings schuldig geblieben. Er hat offenbar übersehen, daß Senatspräsident *Vandenberg* am 22. Februar in Washington erklärte: «Wir dürfen es nicht wagen, der Welt das Bild eines pazifistischen Amerika darzustellen» (N.Z.Z. No. 246), daß die U.S.A. im November 1946 das Marinebudget um 750 Millionen Dollar für das folgende Fiskaljahr erhöht haben (N.Z.Z. No. 2120, 1946) und sodann *Stalin*, in seinem Tagesbefehl, am letzten Jahrestag der russischen Revolution, sagte: «Die im gegenwärtigen Augenblick fehlende direkte Kriegsdrohung darf nicht zu Selbstzufriedenheit und Gleichmut in unseren Reihen führen. Die ständige militärische Bereitschaft ... ist der Preis für die Sicherheit unseres Vaterlandes»... (N.Z.Z. No. 2015, 1946).

27. März.

Miles.

Wirtschaftliche Umschau

Nicht ohne Grund hat sich der Vorsteher des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, *Bundesrat Stampfli*, kürzlich mit den großen Verbänden über das Problem der *Erhaltung der Kaufkraft des Schweizerfrankens* ausgesprochen und auch der Bundesrat sich damit beschäftigt. In der Tat liegt heute hier eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik. In der Schweiz werden verschiedene Statistiken über die Lohnentwicklung geführt, die nicht alle auf der genau gleichen Basis beruhen, aber gerade dadurch eine gegenseitige Kontrolle gestatten. Sie zeigen übereinstimmend, daß im Landesmittel der Reallohn der Vorkriegszeit deutlich überschritten ist, nach der am raschesten nachgeführten Erhebung um 7 %. In den letzten Kriegsjahren und noch 1945 ging der Prozeß der allmählichen Wiederherstellung des Vorkriegsreallohnes vor sich, indem sich die 1939 bis 1942 zurückgebliebenen Löhne rascher erhöhten als die Preise. Seit dem Beginn des Jahres 1946 kamen die Löhne in Vorsprung. Die *Preisentwicklung* hat sich ebenfalls in verschiedenen Phasen abgewickelt. Bis etwa Ende 1942 kam der Auftrieb zur Hauptsache vom Import her. Von Beginn 1943 an waren es mehr innerwirtschaftliche Gründe, die die Preise weiter, aber bedeutend langsamer, in die Höhe trieben. Insbesondere kam der Ersatzstoffwirtschaft und dem Mehranbau sowie der Eigenherstellung vorher importierter Güter sowie der Rüstungsnachfrage Bedeutung zu. Heute sind wir wieder in eine neue Phase eingetreten, indem ganz unverkennbar die Lohnentwicklung die Preise in die Höhe treibt. So hat die eidgenössische Preiskontrolle festgestellt, daß in letzter Zeit rund 90 % aller Preisbegehren durch Lohnsteigerungen begründet werden.

Man wird sich fragen, ob nicht höhere Löhne ohne Abwälzung auf die Preise tragbar seien, weil ja die gute Beschäftigung verbilligend wirken müsse und sich auch viele Fabriken modernisiert hätten. Die Frage, ob die *Produktivität* der schweizerischen Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit *gestiegen* sei, läßt sich aber nicht so leicht beantworten. Gewiß hat man an vielen Orten neue Maschinen eingestellt und wohnt der bessern Beschäftigung, die eine Verteilung der fixen Kosten auf mehr Produktionseinheiten gestattet, eine verbilligende Wirkung inne. Es gibt aber auch Gegengewichte wie die sehr starke Wanderbewegung der Arbeitskräfte, die immer

wieder neues Anlernen und neues Sich-Einfinden nötig macht, die noch nicht überall nach Wunsch erfolgende Materialversorgung, die Störungen im flüssigen Ablauf durch nicht rechtzeitige Lieferungen der vorangehenden Produktionsstufen und insbesondere auch die viel größere Belastung mit Gesuchen, Formularen usw. speziell bei der Ein- und Ausfuhr. Dieser Aufwand für die Abwicklung der über die Grenze gehenden Sendungen verursacht Staat und Betrieben große Kosten, wie dies auch von den übrigen noch vorhandenen kriegswirtschaftlichen Lenkungs-, Kontroll- und Rationierungsmaßnahmen zu sagen ist. Der stark erhöhten Steuerbelastung kommt ebenfalls Bedeutung zu. Die sich widersprechenden Tendenzen dürften sich ungefähr aufheben, so daß die Produktivität weder stark gestiegen noch stark gefallen sein wird. Das heißt aber, daß höhere Löhne im allgemeinen nicht vom Unternehmer getragen werden können, sondern daß sie die Preise in die Höhe treiben. Dies ist um so mehr der Fall, als die Kosten der meisten Betriebe für die Arbeitskraft stärker gestiegen sind als dies in den Lohnstatistiken zum Ausdruck kommt. In zahlreichen Gesamtarbeitsverträgen wurden ja z. B. auch bezahlte Ferien eingeführt oder ausgebaut und ebenso bezahlte Feiertage, Beiträge an die Krankenversicherung u. a. vereinbart.

Zur Zeit ist die Lohnfrage insbesondere im *Baugewerbe* aktuell. Es ist ausgerechnet worden, daß die neuen Begehren insgesamt die Lohnkosten um 48 Rappen je Stunde hinauftreiben würden. Der Baukostenindex müßte dadurch auf über 200 % steigen. Eine fast mit Sicherheit voraussehbare weitere Folge wäre, daß auch die *Landwirtschaft* ihren Hilfskräften höhere Löhne zahlen müßte, um sie von der Abwanderung ins Baugewerbe abzuhalten, das ja stets einer der Hauptkonkurrenten der Landwirtschaft um die Arbeitskräfte war. Damit würden, so wie in Bauernkreisen gerechnet wird, wo man die familieneigenen Ansprüche nach der Entschädigung der Knechte und Mägde bemißt, voraussichtlich massive bäuerliche Preisbegehren ausgelöst, denen nicht zu entsprechen angesichts der steigenden Kosten nicht so einfach wäre. Höhere Preise an die Bauern heißt aber teurere Lebensmittel, heißt kräftig steigender Lebenskostenindex, heißt auch neue Lohnforderungen auf der ganzen Linie und heißt schließlich neue Schlechterstellung der Rentner und andern Leute mit nicht oder nur langsam anpaßbarem Einkommen.

Wir stehen somit in der Tat an einem Punkt der Entwicklung, an welchem sich die *inflatrische Spirale* in aller Form in Bewegung setzen will. Es ist deshalb aller Grund vorhanden, zur Vernunft und Mäßigung zu mahnen. Dabei wird gegen die Wiederherstellung des Vorkriegsreallohnes dort, wo er in einzelnen Sparten noch nicht erreicht sein mag, nichts einzuwenden sein. Indessen sind wir so weit, daß massive Lohnsteigerungen darüber hinaus heute eben inflatorisch wirken.

Um ein Maßhalten bei den Löhnen psychologisch und sozial erträglich zu machen, ist es notwendig, nach Kräften weitere *Preissteigerungen* zu vermeiden. Ferner sollte alles getan werden, der *Überkonjunktur* zu steuern, wozu u. a. eine viel stärkere Zurückhaltung der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand gehört. Auch der private Arbeitgeber sollte mit seinen Investitionen, aber auch der Entgegennahme von Aufträgen, starke Zurückhaltung üben. Die Mahnungen haben aber bis heute leider nicht viel genützt. Nicht einmal auf heute doch so überflüssige Ausstellungen wird verzichtet.

Daß auf einem Gebiet, auf dem es die Öffentlichkeit kaum vermutete, demjenigen des *Außenhandels*, zielbewußte Wirtschafts- und auch Konjunkturpolitik getrieben wird, hat man dem überaus aufschlußreichen *34. Bericht des Bundesrates über die wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber dem Ausland* entnehmen können. So wurde mitgeteilt, daß auf dem Gebiet der industriellen Produkte die Einfuhrbeschränkungen der Krisenjahre, obschon formell und als allfälliges handelspolitisches Abwehrmittel noch in Kraft, faktisch nicht mehr gehandhabt werden. Dem Begehren nach Erleichterung der Einfuhr ist somit hier längst entsprochen. Anwendung finden die Einfuhrbeschränkungen noch bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Man wird hiergegen kaum prinzipiell protestieren, wohl aber ver-

langen, daß angesichts der immer noch ungedeckten Nachfrage keine kleinliche Handhabung Platz greife. Als es hieß, es sei aus protektionistischen Gründen letzthin nicht zugegriffen worden, als Käse, Kondensmilch und Butter hätten gekauft werden können, reagierte die Öffentlichkeit sehr kritisch.

Des weitern läßt sich aus dem Bericht entnehmen, daß der Bund dafür gesorgt hat, daß vom *Exportsektor* keine unerwünschten *Konjunkturauftriebe* herkommen. Neue Kredite ans Ausland sind nicht gewährt worden, und die Ausfuhr ist auf den Umfang eingeschränkt, der durch das Ausmaß der Gegenleistungen der ausländischen Partner gegeben ist. Um eine Aufblähung des Exports über dies Maß hinaus zu verunmöglichen, ist man nicht vor den unangenehmen Scherereien und Umständlichkeiten der Kontingentierung zurückgeschreckt. Selbst wenn das Ausland bereit wäre, schweizerische Lieferungen mit Gold zu bezahlen, wird Zurückhaltung geübt und die Ausfuhr kontingentiert, und im übrigen erklärt der Bericht, daß allfällig zu sterilisierendes Gold dem Bund keine Kosten verursachen dürfe. Der Zinsverlust sei vielmehr von den Exporteuren zu tragen.

Den im allgemeinen guten Gang des Exports hat der Bund im übrigen benützt, sich finanziell besser zu stellen. Bei der Ausfuhr werden heute Gebühren erhoben, die nicht nur gewisse Zinsverluste auf den dem Ausland gewährten Krediten, sondern auch die Kosten des Apparats der Exportbewirtschaftung decken, wenn nicht für den Bund dabei sogar ein Gewinn übrig bleibt.

Die Ausfuhr noch stärker zu beschränken als auf das Ausmaß der Gegenleistungen des Auslandes, wäre unsinnig. Das Ausland würde dann wohl auch seine Leistungen begrenzen, und das Ergebnis wäre nicht eine Dämpfung der Konjunktur, sondern eine Rückbildung der internationalen Arbeitsteilung und der Güterversorgung der Schweiz.

Einiges vom Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik kommt in der *Entwicklung des Außenhandels* zum Ausdruck. Trotz rückläufiger Entwicklung im vergangenen Februar übertraf die *Einfuhr*, gemessen am zuverlässigsten Maßstab, dem wertgewogenen Mengenindex, die des Jahres 1938 beträchtlich, während die *Ausfuhr* ziemlich genau die Vorkriegshöhe einhielt. Besonders hoch war die Einfuhr von Fabrikaten, denen ja außer den Zöllen keine Hindernisse mehr im Wege stehen. Einfuhr und Ausfuhr standen auch wertmäßig etwa im Vorkriegsverhältnis zueinander, so daß also von diesem Sektor her keine besondern stimulierenden Einflüsse herkommen können. Daß Ein- und Ausfuhr aber in ihrer gütermäßigen Zusammensetzung dennoch bei weitem nicht normal sind, geht etwa daraus hervor, daß die Schweiz fast keinen Weizen, aber viel Mehl importierte, während früher Weizen überhaupt nicht im Ausland vermahlen wurde, und daß anderseits beim Export z. B. Traktoren erheblich ins Gewicht fallen, die vor dem Krieg aus preislichen Gründen nur selten ausgeführt werden konnten. Im ganzen aber dürfte die Entwicklung der Einfuhr und ihr Verhältnis zur Ausfuhr langsam, aber sicher zu einer Normalisierung des Angebots und damit zu einer allmählichen Konjunkturdämpfung führen.

In den letzten Wochen sind nun auch beträchtliche Sendungen *argentinischer Butter* in der Schweiz eingetroffen. Sie gestatten eine Erhöhung der noch sehr knappen Zuteilungen und haben gleichzeitig die Diskussion um die künftige Landwirtschaftspolitik neu stimuliert. Die Käseexporteure möchten sich mit schweizerischem Käse auf dem Weltmarkt wieder einmal zeigen, um nicht zu spät zu kommen. In ihren Kreisen ist ein gewisses Mißtrauen vorhanden, daß die Landwirtschaft sich zu viel auf die Buttererzeugung verlegen wolle, die bequemer ist und im Inland (allerdings nur unter der Bedingung hoher Schutzmauern) leicht verkauft werden kann, und daß sie dafür die zwar hochwertigere, aber schwierigere Käseproduktion und den Käseexport vernachlässige. Von Bauernseite wird das Gegenteil versichert; aber das Mißtrauen scheint weiter zu bestehen, gestützt auf frühere programmatische Äußerungen bäuerlicher Führer.

In jüngster Zeit hat auch eines der schwierigsten Wirtschafts- und Sozialprobleme, die *Wohnungsfrage*, eine interessante Abklärung erfahren. Im Zürcher Gemeinderat wurde u. a. ausgeführt, daß heute bedeutend mehr Wohnraum pro Person beansprucht werde als früher und daß bei gleich gebliebenen Ansprüchen kein Wohnungsmangel bestünde, während vorher im Zürcher Kantonsrat vor allem dargelegt worden war, daß die heutige lockere Bauweise sehr viel mehr Material und Arbeit pro Wohnung bedinge als in den früher üblichen großen Blöcken. Die Erstellung einer genügenden Zahl neuer Wohnungen wird einige Jahre länger dauern, wenn weiterhin das Ein- oder Doppelfamilienhaus so sehr bevorzugt wird, das allerdings sozial seine großen Vorzüge hat. Sofern die Konjunktur abflaut, wird allerdings wohl auch die Wohnungsnachfrage abnehmen. Der Zug nach der Stadt wird sich dann verringern und wohl auch die Heiratsfrequenz zurückgehen. Vorderhand aber gibt es sozusagen keine leeren Wohnungen mehr.

Zum Schluß sei noch auf ein wohl gelungenes Experiment der Privatwirtschaft hingewiesen, dem man anfangs mit großer Skepsis begegnete. Die Vereinbarungen der Verbände des Baugewerbes und der Baumaterialproduktion von Anfang 1946 hatten den Erfolg, daß tatsächlich der *Wohnungsbau bevorzugt beliefert* wurde, so daß das Wohnbauprogramm 1946 sogar noch leicht überschritten werden konnte. Für 1947 sind die Vereinbarungen verlängert worden. Weil eine solche Vorzugsbehandlung stattfindet, die zulasten des öffentlichen wie auch vor allem des gewerblichen und industriellen Baues geht, sind für die Schätzung der künftigen Bautätigkeit nicht mehr die Bauvorhaben (die teils noch aus Subventionshunger beschleunigt angemeldet werden) maßgebend, sondern das zur Verfügung stehende Material und seine Lenkung, sowie natürlich die verfügbaren Arbeitskräfte. Jedenfalls haben die Vereinbarungen der Verbände hier die vor Jahresfrist so sehr umstrittene Bewilligungspflicht für die Ausführung von Bauten, die nur mit Hilfe eines großen Apparates, vieler Umständlichkeiten und großer Willkür hätte durchgeführt werden können, vollwertig ersetzt. Auch mit der Bewilligungspflicht hätte man sich ja kein anderes Ziel stecken können, als die als minimal notwendig betrachtete Zahl von Wohnungen zustande zu bringen.

Ende März.

* * *

★ Kulturelle Umschau ★

Stadttheater Zürich

W i e d e r W a g n e r

(Zur Wiederaufnahme «Parsifals»)

«Heil mir, daß ich dich wieder finde!» So begrüßt Parsifal seinen einstigen rauhen Führer zur Gralsburg, wenn er den Greis nach langen Jahren voll Irrnis und Leiden wiedersieht. Er selbst ist nicht mehr der unbefangene Springinsfeld (Perceval) und reine Tor (Parsi-Fal), der seiner Mutter entlief, um glänzenden Männern auf schönen Tieren zu folgen. Wie lange ist es her, wie unendlich viel hat sich in der Welt geändert, seitdem er als Tor von Gurnemanz aus der Burg verwiesen wurde, dann kindisch jauchzend Klingsors Zaubergarten fand und sich des holden Blumengedränges erwehrte, seitdem er durch Kundrys Kuß welt-hellsichtiger Mann wurde!

Wie viele möchten mit uns heute auch ausrufen: Heil uns, daß wir dich wieder finden! Dürfen, können wir es? Und wie werden wir Parsifal und Wagner heute wieder finden? Es ist eine bedeutsame Frage. Wie kein anderer der ganz großen Geister des 19. Jahrhunderts leidet der vieldeutige, alles aufwühlende Wagner unter